

## Branchenvertreter schlagen Alarm: Einrichtungsfachhandel kämpft ums Überleben

Die Auswirkungen der KIM-Verordnung (Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung) sowie die geplante EU-Entwaldungsverordnung setzen der Einrichtungsbranche zu stark zu.

Wien, 02.12.2024 - Aufgrund des anhaltend starken Rückgangs bei Neubauten kämpfen viele Unternehmen mit Umsatzeinbußen. Zum Rückgang im Wohnungsneubau und bestehender Hürden werden weitere praxisferne Barrieren aufgebaut. Um diese Situation zu entschärfen, fordert der österreichische Einrichtungsfachhandel sofortige Maßnahmen wie die weitere Überarbeitung bzw. Aussetzung der KIM- und EU-Entwaldungsverordnung. Insolvenzen namhafter Betriebe erzeugen zusätzlichen Druck. Die Gefahr eines Dominoeffekts kann nicht mehr vom Tisch gewischt werden.

### Kastinger: „Keine Käufer für Einrichtungen“

„Werden keine Wohnungen mehr gebaut, gibt es auch keine Käufer für Einrichtungen. Das wird den Ruin vieler Betriebe bedeuten“, sagt Hubert Kastinger, Obmann des Einrichtungsfachhandels in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) bereits seit Wochen. Weil die Branche nicht ausreichend gehört wird, wurde ein offener Brief an die Politik formuliert und abgeschickt. Die Einrichtungs-Branche erhofft sich auf nationaler wie europäischer Ebene noch mehr Verständnis für nötige Maßnahmen und Lösungsvorschläge.

Die Immobilien-Branche prognostiziert bis 2026 einen Rückgang der jährlichen freifinanzierten Wohnungsfertigstellungen um 90 Prozent. Diese Entwicklung trifft neben der Bauwirtschaft unmittelbar auch den Einrichtungsfachhandel, da ohne Neubauten auch keine Nachfrage nach Inneneinrichtungen vorhanden ist. Der Wertschöpfungsfaktor der Bauwirtschaft von 1:4 zeigt, dass nachgelagerte Branchen - vom Baunebengewerbe wie Maler, Elektriker oder Fliesenleger bis zu den Möbelhändlern - die fehlende Nachfrage massiv zu spüren bekommen.

### Außerkräfttreten der KIM- und massive Entschärfung der EU-Entwaldungsverordnung gefordert

Hinzu kommen regulatorische und bürokratische Hürden. Die KIM-Verordnung, die die Kreditvergabe bei Wohnimmobilien neu regelt, schränkt zusätzlich stark ein, weiß Kastinger: „Die Menschen kaufen weniger, mieten mehr. Gekaufte Wohnungen sind traditionell aber ein wichtiger Absatzmarkt für unsere Produkte.“ Die KIM-Verordnung muss aus Sicht des Einrichtungsfachhandels daher umgehend ausgesetzt werden.

Ebenso müsse die aktuell lediglich ein Jahr aufgeschobene EU-Entwaldungsverordnung, die einem Bürokratiemonster gleichkommt, „von Grund auf überarbeitet und massiv entschärft“ werden. Diese sieht aktuell im Fall des Einrichtungsfachhandels vor, dass zur Eindämmung der weltweiten Abholzung und Waldschädigung jedes Holzmöbel bis zu seinem Ursprung nachverfolgbar sein muss. Das bedeutet, dass beispielweise alle für eine Spanplatte verwendeten Bäume inklusive Standort in eine Datenbank eingetragen werden müssen.

Wer so etwas vorschlägt, müsse es zuerst auf Praxistauglichkeit prüfen. „Es entsteht ein administrativer Aufwand, der für ein KMU nicht zu bewältigen sein wird und obendrein stehen immense Strafen im Raum“, sagt Kastinger abschließend. „Von einigen Betrieben wissen wir bereits,



## PRESSEAUSSENDUNG

dass sie angesichts des drohenden administrativen Aufwandes und der Strafen, ihren Betrieb einstellen würden.“

### Über den Einrichtungsfachhandel

Der Einrichtungsfachhandel setzt sich für bessere Rahmenbedingungen für mehr als 14.000 Elektro- und Einrichtungsfachhändler mit knapp 43.000 Beschäftigten im Möblfachhandel in ganz Österreich ein. Als Bundesgremium des Elektro- und Einrichtungsfachhandels ist es unsere Aufgabe, die Interessen unserer Mitglieder bestmöglich zu vertreten und ihren Stimmen in politischen Entscheidungsprozessen auf nationaler und auf EU-Ebene Gehör zu verschaffen.

### Rückfragehinweis

Wirtschaftskammer Österreich  
Digital Media & Communication  
Pressestelle  
T: 0590 900 - 4462  
E: [dmc\\_pr@wko.at](mailto:dmc_pr@wko.at)